



## *Reicht Europa bis nach Kasachstan?*

*Kai Ehlers*

Die Erweiterung der Europäischen Union endet nicht an der polnischen, tschechischen oder ungarischen Ostgrenze. Aus dem Europa der 25, das unlängst begründet wurde, ohne bisher stabilisiert zu sein, soll, wenn es nach den Planern in Brüssel geht, in nicht allzu ferner Zeit bereits ein Europa der 30 werden. Türkei, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan... die Liste der Kandidaten scheint unbegrenzt.

Mit der Erweiterung der Union spitzt sich jedoch auch die Frage ihrer strategischen Perspektive zu: In der Debatte um die Einführung einer europäischen Verfassung wird jetzt darum gestritten, ob Europa, wie bisher postuliert, eine plurale Wertegemeinschaft bleiben oder sich als imperialer Block formieren soll, der als Groß-Europa endlich wahr macht, was bisher in der Geschichte nicht gelang, nämlich Eurasien, den Kaukasus, Zentralasien und Russland von Europa aus zu beherrschen.

Der tschechische Präsident Václav Klaus polarisierte diese Auseinandersetzung in einem Beitrag,<sup>1</sup> in dem er sich gegen die Einführung einer Verfassung für die Europäische Union wandte. Zwar sprach auch er sich für eine »größtmögliche Erweiterung« aus: »Türkei, Marokko, Ukraine, Kasachstan – je mehr, desto besser.« Nur Russland sei »zu groß«, schränkte er ein, und er

glaube auch, dass die Russen kein Interesse hätten, einer erweiterten EU anzugehören. Gleichzeitig unterschied er jedoch »klar zwischen Integration und Vereinheitlichung, Unifikation.« Die Erweiterung bringe Probleme, räumte er ein, aber die »alte sozialistische Idee, die wir aus der Erfahrung unserer Länder kennen,« nämlich, »dass umso mehr Regulierung von oben nötig ist, je größer und komplizierter das System ist«, sei die falsche Lösung der mit der Erweiterung verbundenen Probleme. Er sehe die Gefahr, dass sich die EU von Demokratie und Freiheit löse, wenn sie nicht mehr an die Existenz von einer oder mehrerer Nationen, also ihre pluralistische Basis gebunden sei. Schon jetzt sei die EU eine postdemokratische Institution ohne »Demos«; die Ausweitung der Kompetenzen aber könne die Abwesenheit des Demos nicht kompensieren. »Normale Leute« müssten sich gegen solche Pläne der »Europäisten« wenden.

Mit der Auseinandersetzung um die Verfassung und die damit verbundene Vereinheitlichung der Zielsetzungen der Gemeinschaft spitzt sich eine Entwicklung zu, die ihren Ausgang in der veränder-

ten Weltlage im Gefolge der Auflösung der Sowjetunion hat. Ihr Kern ist die Neuaufteilung des Zugriffs auf die Weltressourcen an fossilen Rohstoffen, die bis zur Auflösung der Sowjetunion unter deren Verfügung standen, des Zugriffs also auf die kaukasischen, zentralasiatischen und nicht zuletzt die russischen Ölfelder und Gasvorkommen. Von ihrer Ausbeutung versprechen sich die Regierungen der Industrienationen, die fossile Brennstoffe heute als Grundlage ihrer zukünftigen Existenz betrachten, eine größere Unabhängigkeit von der OPEC, insbesondere von den Ländern am persischen Golf, bzw. niedrigere Preise durch die erweiterte Konkurrenz zwischen den Energie-Rohstoffe produzierenden Ländern.

Eine neue Geografie der Versorgung ist entstanden, die auf den Karten der Globalstrategen als »strategische Ellipse« beschrieben wird (siehe **Abbildung**).<sup>2</sup> Achtzig Prozent der fossilen Brennstoffe konzentrieren sich in diesem Gebiet, das sich vom persischen Golf über den kaspisch-kaukasischen Raum bis ins mittlere Russland hinein erstreckt. Gleichzeitig finden sich hier, mit Ausnahme Russlands und des Irans, die Länder mit der geringsten politischen Stabilität, bzw. einer Stabilität, die allein von der Öl- oder Gas-Produktion als einzigem entwickeltem Wirtschaftszweig abhängig ist und dementsprechend mit den Öl- und Gas-Preisen schwankt.

Die USA haben ihren Anspruch auf den privilegierten Zugriff auf die Weltressourcen, insbesondere die neu zugänglichen des eurasischen, also kaspischen, kaukasischen und auch russischen Raums, durch ihren Altstrategen Zbigniew Brzezinski unter dem Titel »Die einzige Weltmacht«, ergänzt durch die Theoretiker des neo-konservativen »new empire«, gleich nach der Auflösung der Sowjetunion in aller Öffentlichkeit unmissverständlich formuliert und sind seither bestrebt, diesen Anspruch in ihrer Politik mit dem Versuch einer systematischen Einkreisung, Neutralisierung und Isolierung Russland gezielt umzusetzen.<sup>3</sup> Demgegenüber tat Europa sich schwer, eine einheitliche Strategie zu finden und hat diesen Prozess immer noch nicht abgeschlossen. Für die EU gilt: »Die Kompetenzen für die Energiepolitik liegen immer noch auf nationaler Ebene.«<sup>4</sup> Auch in der von den OECD-Mitgliedstaaten 1974 gegründeten Internationalen Energieagentur (IEA) sind immer noch die Einzelstaaten Mitglieder. Alle Versuche, in die Verträge von Maastricht (1993) und Amsterdam (1997) Vereinbarungen zur Energiepolitik aufzunehmen, blieben ohne Ergebnis. Zwar entstand 1997 ein einheitlicher EU-Binnenmarkt für Strom, 1998 für Gas, aber in Fragen der Atomenergie oder der Umweltpolitik beschreiten die Einzelstaaten nach wie vor

eigene Wege. Auch hat sich die EU zum Vorreiter des Klimaschutzes gemacht und sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, die Emissionen des Treibhausgases bis 2012 um 8% gegenüber 1990 zu senken. Aber Worte und Taten gehen bei den einzelnen Mitgliedstaaten noch erheblich auseinander. Erst das Grünbuch »Für eine europäische Strategie der Energiesicherheit«,<sup>5</sup> vorgelegt von der Europäischen Kommission im November 2000, schuf eine neue Diskussionsgrundlage, indem es die Abhängigkeit der EU von Energieimporten und ihre dadurch entstehende politische Verwundbarkeit zum Thema erhob. Es beklagte den Mangel an Kompetenzen in Fragen der Energiepolitik und erhob den Anspruch, eine strategische Debatte um die langfristige Ausrichtung der EU-Politik in der Frage der Energiesicherheit anzustoßen.

### 1. Das Grünbuch

»Die europäische Union verbraucht mehr und mehr Energie und importiert mehr und mehr Energie-Rohstoffe«, heißt es in der Einleitung des Grünbuches. »Die eigene Produktion reicht nicht für den eigenen Bedarf der Union. Ergebnis: die Abhängigkeit von Energie, die von außerhalb kommt, wächst beständig.« (S. 2/3) Wenn nichts geschehe, müssten – statt heute 50% – in 20 bis 30 Jahren 70% des Energieverbrauches von außerhalb gedeckt werden. Die Erweiterung werde das Problem verschärfen. Geopolitisch bedeute das: »45% des Öls kommen aus dem Mittleren Osten, 40% des Gases aus Russland. Die europäische Union verfügt bisher nicht über alle Mittel, den internationalen Markt zu verändern.« (Ebd.)

In eine klare Aussage übersetzt heißt diese sybillische Floskel nichts anderes, als dass Brüssel »alle Mittel« entwickeln und einsetzen will, um den Markt zu verändern. Energiesicherheit, erklärt die Kommission, ziele nicht etwa darauf, eine Selbstversorgung mit Energie zu maximieren oder die Abhängigkeit zu minimieren; sie ziele vielmehr darauf, die Risiken zu reduzieren, die mit einer solchen Abhängigkeit verbunden seien. Dies geschehe am besten durch eine Diversifizierung der verschiedenen Versorgungsquellen, sowohl in der Wahl des Produktes (Gas, Öl, Atomenergie, erneuerbare Energien) als auch in der Wahl des Ortes.

Die Optionen der EU, heißt es weiter, würden durch den »Welt-Kontext« bestimmt, namentlich durch die Liberalisierung des globalen Energiemarktes und durch die Umweltprobleme: »Der doppelte Druck von Umweltproblemen und den neuen Bedingungen des europäischen Energiemarktes machen die Debatte unausweichlich.« (S. 3f.)

Die Debatte solle berücksichtigen, so das Grünbuch

weiter, dass der laufende Energiebedarf zu 41% durch Öl gedeckt werde, zu 22% durch Gas, zu 16% durch Kohle, zu 15% durch Atomkraft und nur zu 6% durch erneuerbare Energien. Und noch einmal wird davor gewarnt, was geschehen werde, wenn nichts geschehe: Dann nämlich »wird das Gesamtbild der Energie 2030 weiterhin durch fossile Brennstoffe dominiert werden: 38% Öl, 29% Gas, 19% Festbrennstoffe, 8% erneuerbare und nur 6% Atomenergie.« (S. 2f.)

Vorgeschlagen wird daher eine langfristig angelegte Umorientierung der Energiepolitik, die nicht nur die Risiken minimiert, sondern die Struktur des Energieverbrauches ändert und folgende Elemente enthält:

- ▶ eine Neuausrichtung zugunsten von Investitionen
- ▶ reale Veränderungen im Verbraucherverhalten
- ▶ die besondere Berücksichtigung der globalen Erwärmung, das heißt Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien im Geiste des Kyoto-Protokolls. Wörtlich: »Die erneuerbaren Energien sind der Schlüssel zur Veränderung.«

## 2. Die Realität

Naive Gemüter könnten in diesen Worten eine Absage an das »fossile Zeitalter« und einen Aufruf zur Umorientierung der Energiepolitik in Richtung auf erneuerbare Energien verstehen. Tatsächlich werden die Gewichte allerdings schon im Grünbuch anders gesetzt: »Was das Öl und das Gas betrifft, deren Import anwächst«, heißt es am Ende der Einleitung lapidar, »müssen strategische Reserven aufgebaut und neue Importrouten entwickelt werden.« (S. 4f.) Tiefer in dem mehr als hundert Seiten umfassenden Werk versteckt, offenbart sich der eigentliche Geist der »neuen« Energiepolitik dann ganz unverblümt. Unter der Überschrift »Soziale Risiken« ist zu lesen: »Benzin ist heute lebenswichtig für das Funktionieren der Wirtschaft wie Brot. Jede Unterbrechung der Versorgung kann zu sozialen Forderungen führen, wenn nicht zu Konflikten. Die Situation ähnelt den Getreideengpässen vor zweihundert Jahren.«<sup>6</sup>

Von gleichem Geiste ist die Begründung für den angeblich unaufhaltbaren Anstieg des Energieverbrauches in den nächsten 30 Jahren, von dem es schlicht heißt: »Das Bruttosozialprodukt wird sich zwischen 1998 und 2030 aller Erwartung nach um 90% erhöhen.« (S. 65f.) Von Einsichten in die »Grenzen des Wachstums«, von einer Hinwendung zu erneuerbaren Energien ist dieses Denken noch sehr weit entfernt.

Noch klarer wird die Realität in den Entwicklungsprogrammen der EU, in deren Rahmen ungeachtet der bisher nicht entschiedenen Fragen einer gemeinsamen Energiepolitik seit Jahren Fakten geschaffen werden. Es sind vor allem zwei Unterprogramme

des TACIS-Programms (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States), das seit der Auflösung der Sowjetunion der Entwicklungshilfe der EU für die aus dem Verband der ehemaligen Sowjetunion ausgeschiedenen neuen unabhängigen Länder Zentralasiens und des Kaukasus (und in Maßen auch für russische Regionen) zugrunde liegt.

## 3. Das INOGATE-Programm

Das Programm INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe) befasst sich seit 1994 mit der von dem Grünbuch geforderten Entwicklung von Energie-Diversifikationen im Öl- und Gas-Bereich, im Kern mit dem Auf- und Ausbau eines Pipelinennetzes, über das kaspisches Öl und Gas unabhängig von Russland, aber auch von den US-dominierten Wegen, direkt für Europa verfügbar gemacht werden kann. Das zweite Programm, TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Central Asia), begründet 1993, hat die Aufgabe, die dazu gehörigen Verkehrswege zu erschließen. Sie sollen vor allem das traditionelle russische Raummonopol brechen.

Beide Programme sind praktisch auf den nördlichen Teil der »strategischen Ellipse«, d.h. den Kaukasus, Zentralasien und Russland konzentriert. Sie verstehen sich als internationale Institutionen, die sich nicht scheuen, sich in eine Reihe mit dem IWF, der Weltbank, der OECD, den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Organisationen zu stellen. Praktisch alle Staaten Zentralasiens, des Kaukasus, einschließlich des Balkans kooperieren als Mitglieder.

Im Januar 2004 legte INOGATE einen fast dreihundert Seiten starken Report vor, der die Strategie beschreibt, nach der die Energiepolitik der Europäischen Union – ungeachtet der vom Grünbuch erst angestoßenen Debatte – bisher ausgerichtet ist.<sup>7</sup> Die Ausgangsbedingungen des Grünbuches werden wiederholt: Wachsende Abhängigkeit, wachsende Konkurrenz der Energieverbraucher bei enger werdenden Weltreserven, zunehmender Bedarf bei den entwickelten Industrieländern, vor allem den USA, Auftreten Chinas, Indiens, Japans als neue Verbraucher, Notwendigkeit der Diversifikation von Quellen und eingesetzten Energiearten.

Nur von Energieeinsparungen ist im INOGATE-Report nicht die Rede. Im Gegenteil: Bis 2020, so der Report, resultierten mögliche Energieengpässe nicht aus physischem Mangel an Öl- und Gas, sondern »jeder Versorgungsengpass in Öl und Gas, der in dieser Periode auftritt, wird seine Ursache in politischen Schwierigkeiten haben, bei Investitionen und im Handel mit Öl und Gas.« (S. 18) »Das Problem

der nächsten Jahrzehnte sind deshalb nicht die Ressourcen, sondern die Mobilisierung der Ressourcen.« (S. 53)

Neue technische Methoden erlaubten den Abbau von bisher nicht profitablen Ölfeldern wie etwa die kanadischen Ölsände. Diese Erweiterung um 200 Billionen Barrel gehe noch über die irakischen Reserven von 112 Barrel hinaus.

Die kanadischen Reserven könnten allerdings nur die amerikanischen Verbraucher entlasten: »Die EU und Asien werden weiterhin sehr stark auf Ölimporte aus dem Mittleren Osten, aus Russland und aus dem Raum des kaspischen Meeres angewiesen sein, Regionen, in denen ebenfalls große unentdeckte Ressourcen vermutet werden.« (S. 54)

Neue Möglichkeiten sieht INOGATE auch in der verbesserten Zugänglichkeit der eurasischen Gasreserven. Zwar seien die globalen Gasvorkommen nicht in gleicher Weise konzentriert wie die des Öls, aber zwei Drittel der Weltgasreserven seien im Mittleren Osten, dem Kaspischen Meer und Russland zu finden, wobei die potenziellen Reserven Russlands und der Staaten im Bereich der ehemaligen Sowjetunion wesentlich größer seien als die des mittleren Ostens. Probleme sieht der Report auch hier nicht in den Ressourcen, sondern in deren politisch bestimmter Verfügbarkeit.

Als Hauptproblem der Ölstrategen erweist sich wiederum Russland: Angesichts seiner Rolle als traditioneller Lieferant der Länder der Europäischen Union, als ehemaliger Hegemon des kaukasischen, kaspischen und zentral-asiatischen Raumes, der auch heute noch seinen Einfluss geltend mache, ergebe sich für die EU eine hohe Abhängigkeit von Russland. Das mache die Entwicklung von Ausweichmöglichkeiten in den GUS-Ländern ebenso wie im mittleren Osten unumgänglich. Andererseits sei eine substantielle Abkoppelung von Russland kaum vorstellbar. Mehr noch, mit einem Seitenblick auf die USA konstatiert der Report: »Es ist klar, dass eine radikale politische Möglichkeit, wie etwa eine militärische Intervention, wegen der militärischen Stärke Russlands im Vergleich zur EU nicht zur Verfügung steht. Die Betonung muss daher notwendigerweise auf Außen- und Handelspolitik und regulärer Energiepolitik liegen.« (S. 61) Man beachte die Begründung: »Wegen der militärischen Stärke«, nicht etwa aus Achtung vor der Souveränität Russlands, des globalen Friedens oder dergleichen. Diese Begründung lässt nichts Gutes erwarten.

#### 4. Storyline-Variationen

Entsprechend ihrer Einschätzung legen die Verfasser

des Reports ihr Schwergewicht auf die Analyse dieser politischen Schwierigkeiten und tun dies entlang zweier Versionen der möglichen Entwicklungen, die sie in allen Einzelheiten durchdeklinieren: »Die zukünftige Entwicklung des internationalen politischen und wirtschaftlichen Systems wurde entlang zweier ›Trends‹ bzw. ›storylines‹ untersucht. Wir bezeichnen diese storylines als *Märkte und Institutionen* und *Regionen und Imperien*. Die storyline *Märkte und Institutionen* geht davon aus, dass es eine Kontinuität und Intensivierung der gegenwärtigen Internationalisierung der Märkte gibt (Globalisierung) und eine andauernde Kooperation der internationalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die zu einer weiterführenden Entwicklung des multilateralen Systems führt, das die internationalen Beziehungen bestimmt. In der storyline *Regionen und Imperien* ist die Welt aufgebrochen in mehr oder weniger integrierte politische und wirtschaftliche Blöcke mit Satellitenregionen, die mit anderen Blöcken um Märkte und Ressourcen konkurrieren. In dieser storyline wird davon ausgegangen, dass die transatlantischen Beziehungen substanziell geschwächt worden sind.« (S. 81ff.)

Eindeutig werden die Prioritäten formuliert: »In der storyline *Märkte und Institutionen* ist die Sicherheit der Öl- und Gasversorgung für die EU leichter zu erreichen als in der storyline von *Regionen und Imperien*, besonders weil eine tiefere wirtschaftliche Integration mit Russland vorauszusehen ist.« In eine »storyline Märkte und Institutionen« könnten zudem auch Entwicklungen im Sinne des Kyoto-Vertrages einbezogen werden. Leider aber, so liest man weiter, hätten die geopolitischen Entwicklungen im Laufe der Erstellung des Reportes – schon vor dem 11.9.2001, aber wesentlich deutlicher danach – die Richtung auf das »storyboard Regionen und Imperien« genommen, »als nämlich die amerikanische Haltung zu internationalen Beziehungen und zum eigenen Land sich dramatisch veränderte. Die Schlussfolgerung«, so der Report, »dass die Welt sich eher entlang der storyline von Regionen und Empire entwickeln könnte, könnte schwerwiegende Folgen für die EU und die Politik der Energiesicherheit der EU haben.« (S. 24)

In beiden Entwicklungsvarianten jedoch, so der Report in offenem Widerspruch zu den von Zbigniew Brzezinski formulierten Strategien einer systematischen Minimierung des »schwarzen Lochs« Russland, werde Moskau in Ergänzung zu seiner zentralen Rolle für die Gasversorgung der EU auch eine wichtige Funktion dahingehend einnehmen, Verbraucherländer mit alternativen Ölquellen zu versorgen. »Der Unterschied zwischen den beiden storylines besteht darin, dass in einer Welt der Märkte und Institutio-

nen Russland tiefer und weiter in den EU-Markt integriert sein wird, während in einer Welt der Regionen und Imperien Russland sein eigenes ›Imperium‹ entwickeln wird. [...] Das Risiko eines russischen Zusammenbruchs als Hauptproduzent ist in beiden storylines ziemlich gering zu veranschlagen.« Mehr noch, in beiden Varianten sei eine Re-Integration des kaspischen Raums in das russische Energie-System möglich, allerdings im Falle einer Entwicklung entlang der Variante Regionen und Imperien mit größerer Wahrscheinlichkeit.

Diese Sicht der Dinge gipfelt in der Voraussage: »Im kommenden Jahrzehnt, 2010-2020, ist es denkbar, dass die EU oder der Europäische Wirtschaftsraum (EES) sich bis zu einigen Staaten der früheren Sowjetunion ausdehnt, möglicherweise unter Einschluss Russlands.« Wenn man Russland schon nicht bezwingen kann, heißt das, dann muss man es wenigstens durch Integration in ein Groß-Europa neutralisieren. Diese Sicht steht natürlich in offenem Gegensatz zu den Vorstellungen der USA. »In Hinsicht auf Russland«, konstatiert der Report deshalb trocken, »werden die USA versuchen, eine strategische Allianz zwischen Russland und der EU zu verhindern, weil die USA auf die ergänzenden Energielieferungen aus Russland angewiesen sind, um ihre Abhängigkeiten von verschiedenen Quellen auszubalancieren. Eine starke Allianz zwischen Russland und der EU könnte darüber hinaus auf Dauer einen starken Kampf um Vorherrschaft hervorbringen, denn die russische Wirtschaft wird ebenfalls immer wichtiger für amerikanische Produkte.« (S. 92) Im Ergebnis seiner Abwägungen möglicher Entwicklungsvarianten kommt der INOGATE Report zu einem äußerst ernüchternden Schluss: »Es ist klar, dass für die EU die Sicherheit der Öl- und Gas-Versorgung am größten in einer Welt der *Märkte und der Institutionen* sein wird. [...] Jedoch müssen wir leider feststellen, dass die multilateralen Kräfte in der gegenwärtigen Welt in den letzten zehn Jahren schwächer werden. Die Wahrscheinlichkeit einer storyline der *Regionen und Imperien* kann nicht mehr länger als weit hergeholt betrachtet werden wie ursprünglich gedacht. Im Falle, dass die Welt sich entlang der storyline von *Regionen und Imperien* entwickelt, wird die Sicherheit von Öl- und Gasversorgung für die EU wesentlich härter zu erreichen sein.« (S. 107)

In eine weniger verklausulierte Sprache gebracht ist dies eine klare Aufforderung der mit Europa verbundenen Öl- und Energielobby an die Politik, sich auf härtere Auseinandersetzungen mit den USA in euro-asiatischen Raum und auf eine Zuspitzung imperialer Konflikte zwischen den Blöcken einzustellen. Die ganze Tragweite dieser Aufforderung enthüllt sich,

wenn am Ende der Abwägungen in ebenfalls äußerst komplizierten Wendungen festgestellt wird, die EU sei ein »Projekt, das fundamental in das multilaterale Nach-45er System eingebettet« sei, »jede Schwächung des Multilateralismus wird starken Druck auf die Umgebung ausüben, in welcher die Erweiterung und die Vertiefung der Integration stattfindet«; dieser Druck könne die EU von einem »wirtschaftlich begründeten Projekt in ein politisch-strategisches« verwandeln. Eine solche Entwicklung müsse jedoch nicht unbedingt im Konflikt mit einer multilateralen Weltordnung stehen. Wenn sie allerdings »unter dem wachsenden Druck eines weniger multilateral orientierten geopolitischen Systems und nicht als Ergebnis einer inneren Entscheidung« statfinde, dann könnte das möglicherweise nicht zu den »üblichen langen Beratungen« passen und so Komplikationen und unvorhersehbare Eventualitäten in der Gemeinschaft hervorbringen. Weniger gewunden formuliert lautet diese Botschaft der INOGATE-Betreiber: Ein EU-Imperium ohne die »üblichen langen Beratungen« wäre für sie durchaus akzeptabel – vorausgesetzt, dass die Entscheidung für diesen Weg nicht von außen, sondern von innen kommt.<sup>8</sup> Václav Havel hat mit seiner Warnung vor undemokratischen »Vereinheitlichungen« in der EU ganz offensichtlich ein feines Gespür.

## 5. Pipeline-Praxis

Die Praxis von INOGATE gibt die Steilvorlage für solche Empfehlungen. Allen weitläufigen Aufforderungen zur Entwicklung strategischer Perspektiven zum Hohn, beschäftigt sich INOGATE seit seiner Gründung 1994 damit, Pipeline-Fakten zu schaffen, die massiv in den bisherigen globalen Energiefluss, das heißt, die globalen Kräfteverhältnisse, eingreifen sollen. Der Report vermerkt dazu: »In der Zeit des Zarismus und der Sowjetunion war Zentralasien durch Russland in die Weltwirtschaft integriert. Seit der Des-Integration der Sowjetunion 1991 ist es das Öl und das Gas, durch welches Zentralasien danach strebt, wieder in die Weltwirtschaft integriert zu werden. Zentralasiatische Regierungen hoffen darauf, ihre Öl-Produktion so schnell wie möglich anzuheben, um so sozio-ökonomische und politische Probleme zu lösen. Eins der Haupthindernisse für den Export von Öl- und Gas-Ressourcen ist der mangelnde Zugang zu Pipelines, der die Produktion in der Region begrenzt. Russland verlangt Beteiligung und nimmt Einfluss durch die Kontrolle existierender Pipelines in der Region. Allerdings ist das sowjetische Öl- und Gas-Pipeline-System ärmlich in der Gestaltung, schäbig in der Konstruktion, von schlechtem Material, schlecht

gewartet – und verrottet mit dem Alter. Die Kaspischen Republiken suchen deshalb verschiedene Pipeline-Optionen, um sich von Russland zu distanzieren und den Zugang zu verschiedenen Märkten und Verbrauchern in Europa, den USA und Asien zu finden.«

Tausende von Kilometern neuer Öl- und Gasleitungen wurden in diesem Geiste in den letzten Jahren projiziert, begonnen, wieder umprojiziert. Fünf »potentielle Routen für die geplante Hauptpipeline«, die kaspisches Öl und Gas nach Westen schaffen könnte, listet der Report am Ende auf.

► zur türkischen Stadt Ceyhan am Mittelmeer durch Georgien;

► zum iranischen Persischen Golf;

► zum pakistanischen Hafen von Gwadar am Indischen Ozean; entlang der Seidenstraße ostwärts durch das Kaspische Meer, dann durch Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan;

► zum Chinesischen Hafen von Schanghai – entlang der Seidenstraße östlich durch das Kaspische Meer und durch Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und China;

► und schließlich eine »gründliche Nachrüstung«, der durch Russland führenden BAKU-Supsa und/oder der BAKU-Noworossisk-Pipelines und Häfen, um sie in Stand zu setzen, größere Mengen an Öl zu transportieren. (S. 175)

»Zur Zeit«, summiert der Report »sind mehrere verschiedene Routen in Erwägung. Die endgültigen Entscheidungen werden von unterschiedlichen Aspekten lokaler und regionaler Interessen ebenso wie von technischen und infrastrukturellen praktischen Erwägungen bestimmt.« (S. 179) Unter diesen »verschiedenen Aspekten« werden im Folgenden u.a. aufgezählt: »Ethnische Risiken«, »ökologische Schwierigkeiten mit den Pipelines«, so auch Probleme der möglichen Verschmutzung des Kaspischen Meeres durch Unterwasserverlegungen, »Terrorismus«, der es nötig mache, die Pipelines zu bewachen, unsichere Grenzen, Drogenhandel, schließlich in besonderer Ausführlichkeit die Frage, wie Russland sich entwickeln werde, ob auf westlichem oder auf euroasiatischem Kurs. Das größte Problem ist dabei auch für die europäischen Strategen die besondere Beziehung Russlands zum Iran, über die – wenn sie sich ungestört entwickeln könnte – alle Versuche einer Umleitung der Öl- und Gasflüsse nach Westen durch eine von Russland und Iran bevorzugt bediente Nord-Süd-Linie ausgehebelt oder doch zumindest empfindlich durchkreuzt werden könnten. Endgültige Entscheidungen sind nicht getroffen; selbst die nach Ceyhan inzwischen fertig gestellte Verbindung entspricht wegen zu hoher Transport- und Unterhaltskosten nicht

den Erwartungen ihrer Betreiber und begünstigt daher nach wie vor die aus der sowjetischen Vergangenheit noch bestehenden Strukturen. Die Konflikte sind nicht gelöst.

## 6. Der TRACECA-Korridor

Zuarbeiten für die Aufbereitung des Raumes soll das TRACECA-Programm leisten. Mitglieder dieses Programms sind alle, wie der Bericht sie nennt, »TACIS-Länder« der GUS,<sup>9</sup> dazu die »Nicht-TACIS-Länder« Bulgarien, Rumänien und die Türkei. Seit 2002 sollen auch Afghanistan und Iran, ebenso wie China und im Westen Griechenland ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in TRACECA bekundet haben.

Hauptaufgabe des Programms ist der Ausbau von Bahnverbindungen, Land-, See- und Wasserstraßen, seit neuestem auch von Flugverbindungen zwischen den Ländern Zentralasiens und der GUS mit Europa. Eng verbunden damit sind andere Unterprogramme des TACIS-Bereiches, die sich der Grenzsicherung, der Bekämpfung des Drogenhandels, der Sicherung der Transportwege, vor allem der Pipelines, aber auch anderen infrastrukturellen Ordnungsaufgaben widmen. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, all die Programme aufzuzählen, mit denen die EU heute im eurasischen Raum engagiert ist, angefangen bei der technischen Hilfe, über politische Schulungsprogramme bis hin zur systematischen Unterstützung oppositioneller Strömungen durch Berater und NGOs nach dem bekannten Muster Jugoslawiens, Georgiens oder letztlich der Ukraine.

Der vorläufige Abschlussbericht über die Aktivitäten des TRACECA-Programms<sup>10</sup> rühmt sich jedenfalls, von 1993 bis 2002 über 53 umfassende Projekte im Hafen-, Straßen-, Bahnbau und die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen mit einem Einsatz von 110 Millionen Euro durchgeführt zu haben, wobei der Schwerpunkt der Maßnahmen auf Aserbaidschan, konkret Baku, und den Ländern rund um das Schwarze Meer liegt. Sie sind als unmittelbare Transitländer für den Öltransport die meistgeförderten Gebiete. All diesen gigantischen Erfolgsmeldungen zum Trotz und obwohl die innige Verbindung zum INOGATE-Programm stark hervorgehoben wird, fällt auf, dass die 161 Seiten des TRACECA-Reports durchsetzt sind von der Klage über mangelhafte strategische Planung und fehlende Prioritätensetzung bei den Aktivitäten. Beim Vergleich beider Projekte – eingeschlossen einen Seitenblick auf eine weitere Anzahl von Einzelprojekten im TACIS-Bereich – kann man sich darüber hinaus des Eindrucks nicht erwehren, dass die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut. Während INOGATE, bei aller Priorität auf den zentralasiatischen und

kaukasischen Ländern, doch auf eine Kooperation mit Russland setzt und sogar vor der Formulierung von Konfrontationslinien mit den USA nicht zurückschreckt, scheint TRACECA bereits im Ansatz von anti-russischen Beweggründen geleitet zu sein: Die Aktivitäten des Programms sind erklärtermaßen – wie auch an den Ergebnissen der Trassen- und Bahnführungen abzulesen – darauf angelegt, die russische Territorialhoheit, die sich in der Jahrhunderte währenden russischen Kolonisation des kaspischen, sibirischen und zentralasiatischen Raumes herausgebildet hat, in offener Provokation gegenüber Russland zu brechen: Wo früher alle Wege über Moskau führten, ist nun ein Netz von Trassen, Bahnverbindungen und Wasserstraßen entstanden, das den Osten Eurasiens mit dem Westen unter ausdrücklicher Umgehung Russlands zu verbinden versucht. Russland ist als einziges Land des eurasischen Raums nicht Mitglied bei TRACECA, mehr noch, es wird bewusst ausgegrenzt. Die Übersichtskarte der neuen Bahn-Trassenverbindungen sieht aus wie eine verkehrstechnische Blaupause von Plänen über Standorte der erweiterten NATO, die im gleichen Zeitraum am Bauch Russlands entstanden sind. Diese Aktivitäten passen eher in das Muster der US-Einkreisung Russlands als in die gemeinschaftlich propagierte Energiepartnerschaft. Man wird sich entscheiden müssen.

Proteste der russischen Regierung, die eine verkehrstechnische Einmischung durch den TRACECA-Verbund beklagen, konnten bei dieser Entwicklung nicht ausbleiben. Mehr noch, Russland, mit aktiver Unterstützung Irans, setzt dagegen. So liest man im TRACECA-Report: »Russland legt Gewicht auf die Entwicklung eines Nord-Süd-Korridors einer vielseitigen Route, die sich von der baltischen See bis zum Iranischen Golf erstreckt, und weiter bis zum indischen Sub-Kontinent. Politiker Russlands wie auch des Iran erklären ganz offen, dass das neue Projekt einer Nord-Süd-Route gegen den EU-TRACECA-Korridor gerichtet ist und gegen das, was sie für eine ›Einmischung‹ in die kaspische Region halten. Auf lange Sicht muss gesehen werden, ob der neue Korridor durch die wichtigsten Verkehrsbenutzer und durch die Operatoren, die im Warenfluss nach Asien konkurrieren, akzeptiert wird und ob die hohen Erwartungen der russischen und der iranischen Experten sich am Ende des Tages rechtfertigen werden.« (S. 73)

Ohne das so beschworene Ende des Tages abzuwarten, wollen die TRACECA-Planer zukünftig nun aber doch ebenfalls der unvermeidlichen Realität stellen, »dass Russland trotz aller Bemühungen nach wie vor den Raum dominiert« und dass die russischen Proteste gegen einen weiteren Ausbau des ›Korridors‹,

der die Nord-Süd-Verbindungen kappt oder desorganisiert, berücksichtigt werden müssen. Die Einbeziehung Russlands in TRACECA«, so die abschließende Bewertung, »würde wahrscheinlich das Ende von TRACECA in der gegenwärtigen Form bedeuten. Trotzdem, die russische Position kann nicht ignoriert werden.« (S. 82) Es stehe überhaupt in Frage, ob die Konzeption eines »Korridors«, mit der TRACECA angetreten sei, aufrechterhalten werden könne, heißt es am Schluss des Reports. Es sei vielleicht nötig, »von dem Fokus auf einen einzigen Korridor, für den das Programm entwickelt war, auf einen von vielen Ländern betriebenen Dialog« überzugehen. Vorgeschlagen wird auch, »über den bloßen Fokus auf Verkehrswege hinaus« mehr Gewicht »auf die Verbindung von Verkehrswegen und Handelserleichterungen zu legen«.

Im Ergebnis wird von den Autoren des TRACECA-Reportes – nicht anders als von denen ihrer INOGATE-Partner – die mangelnde strategische Abstimmung des eigenen Programms wie auch der Programme untereinander beklagt und die Entwicklung einer kohärenten Strategie verlangt.

## 7. Perspektiven

Was bleibt von der im Grünbuch angekündigten Debatte um eine langfristige Strategie, insbesondere der angekündigten Orientierung auf die »Schlüsselfrage« der erneuerbaren Energien? Praktisch nichts. Der Export der Werte schrumpft auf einen Export der fossilen Industrialisierung, der das Problem der Energiesicherheit, statt es zu minimieren, zur Energieunsicherheit potenziert, indem

- ▶ die fossile Produktionsweise massiv exportiert wird,
- ▶ dieser Export unter Verbrauch von gewaltigen Energiemengen stattfindet, die den erzeugten Zuwachs an Fördermengen tendenziell wieder auffressen;
- ▶ die Volkswirtschaften der Förderländer einseitig auf den Export von fossilen Rohstoffen festgenagelt und damit neue Abhängigkeiten geschaffen werden,
- ▶ eine gewaltige Sicherheitstechnik zum Schutz der Anlagen entwickelt werden muss.

Im Gegensatz zu den im Grünbuch angedeuteten Alternativen ist auf diese Weise praktisch bereits eine Politik der exponentiellen Steigerung des fossilen Problems in Gang gesetzt worden – sowohl in der Umweltbelastung als auch in der Herstellung neuer Anhängigkeiten –, deren absehbare Eskalation in der Tat notwendigerweise in das im INOGATE-Report skizzierte imperiale Szenario führt. Für eine Alternative bleibt unter diesen Umständen wenig anderes als eine prinzipielle Absage an den Export eines industriellen

Modells, dessen Funktionieren allein oder fast ausschließlich auf dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen aufgebaut ist. Das beinhaltet nicht nur eine eindeutige Orientierung auf erneuerbare Energien, sondern den Einsatz für eine prinzipielle Wende in der Energiepolitik, das heißt auf das, was seit der Klimakonvention von Rio de Janeiro 1992 in einer Formulierung von Elmar Altvater als »solare Revolution« bezeichnet wird, und auf die dazu gehörigen sozialen Formen. Darunter verstehe ich den Einsatz für eine Art der Gemeinschaftsbildung, welche die Energieversorgung in überschaubare und von Selbstbestimmung geprägte Größenordnungen bringt, die uns das sicherheitspolitisch aufwendige Überziehen des Globus mit Pipelineketten erspart.

Dieser Beitrag soll daher mit einem Zitat von Elmar Altvater schließen, das diesen Zusammenhang in schöner Klarheit ausdrückt: »Eine ›solare Revolution‹ [...] ist etwas ganz anderes als der ›Sturm auf das Winterpalais‹ zur Ergreifung der politischen Macht; sie ist eine Kulturrevolution, und die solare Weltwirtschaft wird nur entstehen, wenn ihr eine solare Kultur zuwächst. Dass dies lange dauert, ist unvermeidlich. Doch der Anfang muss gemacht werden. Mit einer Grundsatzentscheidung weg von den fossilen Energieträgern und in Richtung der erneuerbaren Energien. Das bedeutet nicht, dass von heute auf morgen kein Öl und keine Kohle genutzt werden. Das ganze Leben ist ja darauf ausgerichtet. Doch müssen wir unser Wissen um die Begrenztheit der fossilen Ressourcen und um die ökologischen

und politischen Probleme in energiepolitische Entscheidungen zu Gunsten der erneuerbaren Energien umsetzen. Man muss sich dazu aus den machtpolitischen Zwängen, an denen große Konzerne und Energielobby, Wissenschaft und Medien arbeiten, befreien.«<sup>11</sup>

Der so formulierte Impuls darf weder in Grünbüchern der Europäischen Kommission noch in Programmen und Pamphleten grüner Oppositionen der verschiedenen europäischen Länder hängen bleiben. Er muss seinen Weg in alle Aktivitäten finden, die für eine dauerhafte soziale und globale Friedenssicherung unternommen werden. Das wäre die einzige europäische »Wertegemeinschaft«, die zu exportieren sich lohnt.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> FAZ, 15.3.2005.

<sup>2</sup> Osteuropa 9-10/2004, Einschub I, Karte 1.

<sup>3</sup> Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Weinheim/Berlin 1997.

<sup>4</sup> Westphal, Kirsten: Handlungsbedarf, in: Osteuropa 9-10/2004, S. 39ff.

<sup>5</sup> Greenpaper, European Communities, 2001.

<sup>6</sup> Ebd., S. 64f.

<sup>7</sup> Study on Energy Supply Security and Geopolitics, Final report, January 2004.

<sup>8</sup> (141) Evaluation of Tacis/TRACECA-Programme, July 2003, S. 47.

<sup>9</sup> TACIS steht für: Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States und dient der Kooperation der EU mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. TACIS-Länder sind: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Mongolei (bis 1.1.2004), Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan.

<sup>10</sup> Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes, Februar 2004.

<sup>11</sup> Altvater, Elmar: Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes: Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie, Ausgearbeitete Version eines Vortrags in Quito, Ecuador, Februar 2004, S. 28, URL: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/Aktuelles/Fossil.pdf> (eingesehen 10.4.2006).

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 183-197).

Kai Ehlers ist Publizist, Transformationsforscher und Initiator von Projekten der interkulturellen Kooperation. Jüngste Buchveröffentlichung: »Russland: Aufbruch oder Umbruch? Zwischen alter Macht und neuer Ordnung – Gespräche und Impressionen«, Dornach 2005.

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)